

Neue Lösungen für die Zuwanderung

Die Migrationsdebatte steckt fest

Gastkommentar

von BRUNO S. FREY und MARGIT OSTERLOH

Die europäische Migrationspolitik ist seit Jahren geprägt durch ein Abwechseln von Abschnittungenstendenzen und vorübergehender Euphorie angesichts der Willkommenskultur. Es lässt sich unschwer erkennen, dass in den letzten Monaten das Erstere deutlich überhandgenommen hat.

Die Debatte um eine angemessene Migrationspolitik steckt fest. Auch die «wundersame Einigung von CDU und CSU» im deutschen Asylstreit mit ihrem unrealistischen Vorschlag «Abschotten, einsperren, zurückweisen» generiert mehr Fragen als Antworten.

Gleichzeitig erreichen uns täglich die schrecklichen Nachrichten von Menschen, die vor den Angriffen in Syrien fliehen. Sie sind katastrophalen Zuständen an den Grenzen ausgesetzt.

Wir haben uns an die Nachrichten über die Ertrunkenen im Mittelmeer gewöhnt und nehmen hin, dass sich Kriegs- und Armutsfüchtlinge unterschiedslos Gefahren für Leib und Leben aussetzen. Währenddessen wird in Europa die Seenotrettung verurteilt und teilweise sogar kriminalisiert. Wie weiter angesichts unserer begrenzten Aufnahmekapazität und -bereitschaft?

Migrationsdruck nimmt nicht ab

Die meisten Vorschläge wollen bewirken, dass den Menschen dort geholfen wird, wo sie herkommen. Sie sollen davon abgehalten werden, zu uns zu kommen und dabei ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Von Politikern aller Ideologien wird gerne humanitäre Direkthilfe vor Ort vorgeschlagen. Aber viele Gelder landen in den falschen Händen und unterstützen eher autoritäre Regime als die lokale Bevölkerung.

Der bekannte Entwicklungsökonom Sir Paul Collier von der Universität Oxford will Jobs anstelle der klassischen Entwicklungshilfe in die Entwicklungsländer bringen. Er unterstützt den «Compact with Africa», bei dem private Investoren mittels Rendite-Garantien durch die G-20-Länder dazu gebracht werden sollen, die Infrastruktur afrikanischer Länder aufzubauen. Damit soll der Auswanderung gut ausgebildeter Fachkräfte entgegen gewirkt werden, die in ihren Heimatländern dringend gebraucht werden. Auch empfiehlt er, mit unserer Hilfe in Aufnahmeländern wie Jordanien oder Libanon Jobs für Flüchtlinge zu schaffen, anstatt diese in Lagern zu verwalten und zur Passivität zu zwingen.

Viele europäische Staaten – auch die Schweiz – wollen durch sogenannte «Migrationspartnerschaften» afrikanische Länder dazu bringen, gegen Geld ihre Bürger von der Flucht nach Europa abzuhalten, Abgewiesene zurückzunehmen und die

Sicherung der Aussengrenzen Europas zu übernehmen. Alle diese Massnahmen werden allerdings mittelfristig den illegalen und lebensgefährlichen Migrationsdruck nicht mindern, sondern sogar noch erhöhen.

Dies verdeutlicht der Migrationsforscher Michael Clement (NZZ 29. 6. 18). Es sind nämlich nicht die Ärmsten, die flüchten. Diese können es sich gar nicht leisten, teure Schmuggler zu bezahlen. Bis das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in den armen Ländern die Höhe von 8000 bis 10000 US-Dollar erreicht hat (etwa das Einkommen von Kosovo), wird deshalb der Migrationsdruck steigen, auch und gerade, wenn es den armen Ländern etwas besser geht.

Man kann sich zukünftig steigenden Migrationsdruck weder weg wünschen noch kleinreden. Deswegen brauchen wir endlich konstruktive Vorschläge, die den illegalen Migrationsdruck mindern, indem legale Einwanderungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Gleichzeitig brauchen wir Wege, auf denen – anders als heute – Kriegsflüchtlinge und Menschen, die berechtigt Asyl suchen, ohne Gefahr für Leib und Leben zu uns kommen können.

Wie könnte ein entsprechendes Einwanderungsgesetz aussehen? Es sollte Migration so steuern, dass humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigt, unsere kulturelle Identität und soziale Kohäsion nicht gefährdet und zugleich Perspektiven für die Flüchtlinge und ihre Heimatländer entwickelt werden.

Das Modell der Genossenschaft

Zur Lösung dieser vielschichtigen Anforderungen kann ein Modell herangezogen werden, das in der Schweiz eine lange Tradition aufweist: die Genossenschaft. Um Teil einer Genossenschaft zu werden und an ihren Gemeingütern zu partizipieren, muss man einen Beitrag einzahlen. Ähnlich sollten solche Migranten einen Beitrag erbringen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Gedacht ist, dass zunächst alle Flüchtlinge vor der Einreise ein «Eintrittsticket» erwerben.

Dieses ermöglicht ihnen, ohne Gefahr für Leib und Leben zu uns zu kommen. Anders als heute müssen Menschen, die der Armut entkommen wollen, nicht Asylgründe vorschreiben, weil sie sonst gar keine Bleibechancen haben. Der Eintritt in den Arbeitsmarkt wäre direkt nach Ankunft möglich; bekanntlich erfolgt ein Grossteil der Integration über die Arbeit.

Der Vorschlag mag auf den ersten Blick befremdlich wirken. Warum sollte man von Menschen, die vor Krieg und Not flüchten, eine Eintrittsgebühr verlangen? Man muss sich vor Augen halten, dass schon jetzt pro Flüchtling rund 9000 Franken für Schlepper und falsche Pässe bezahlt werden. Da-

bei ist es aber noch unsicher, ob sich dieser finanzielle Aufwand überhaupt lohnt. Ob man im Zielland ankommt, ist durchaus fraglich. Das Geld ist für immer verschwunden.

Bei unserem Vorschlag würden anerkannte Asylbewerber das Geld vom aufnehmenden Land zurück erhalten. Alle anderen zahlen es als Beitrag zum Gemeingut der Genossenschaft und für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für ihre Integration. Vorstellbar ist, dass humanitäre Organisationen und Einzelpersonen für Menschen in Not die «Eintrittsgebühr» übernehmen – angesichts der hohen Spendenbereitschaft unserer Bevölkerung wäre dies gut möglich. Vielleicht würde auch ein Markt für Mikrokredite entstehen. Dies würde die Motivation steigern, im Zielland so schnell wie möglich finanziell unabhängig zu werden. Überdies zeigt die Migrationsforschung, dass – vorausgesetzt die Grenzen sind nicht geschlossen – nach etwa zehn Jahren etwa 50 Prozent der Migranten nach Hause zurückkehren, ausgestattet mit einem Startkapital für die Heimat und viel Know-how.

Stabile Beschäftigungsmöglichkeiten

Dieser Lösungsansatz würde Migranten einen schnellen Eintritt in den Arbeitsmarkt direkt nach der Einreise ermöglichen. Die Integration wird nämlich keineswegs durch teure sozialstaatliche Hilfen und Multikulturalismus gefördert. Eher ist das Gegenteil der Fall. Der niederländische Migrationsforscher Ruud Koopmans hat anhand eines Vergleichs der Niederlande mit Schweden, Deutschland, Österreich und der Schweiz gezeigt, dass solche Massnahmen zu geringerer Beteiligung am Arbeitsmarkt, geringeren Anreizen zum Erlernen unserer Sprache, hoher Segregation auf dem Wohnungsmarkt und höherer Kriminalität der Migranten führt.

Hohe wohlfahrtsstaatliche Leistungen führen zu einer negativen Selektion. Der Anteil von Migranten mit niedriger Bildung und schlechten Integrationschancen steigt. Schweden ist hierfür ein negatives Beispiel. In keinem westeuropäischen Land ist der Unterschied in der Arbeitslosigkeit zwischen Einheimischen und Migranten höher. Deswegen ist es wichtig, Flüchtlingen von Anfang an stabile Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Es ist darüber hinaus unwürdig, Menschen an selbständiger Arbeit zu hindern. Es braucht ideologiefreie und ungewöhnliche Lösungen, damit angesichts des mittel- bis langfristig steigenden Migrationsdrucks nicht noch höhere Mauern um Europa herum errichtet werden müssen.

Bruno S. Frey und Margit Osterloh sind ständige Gastprofessoren an der Universität Basel und Forschungsdirektoren des Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA), Zürich.

Es sind nicht die Ärmsten, die flüchten. Diese können es sich gar nicht leisten, teure Schmuggler zu bezahlen.